

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Wortprotokoll der 9. Sitzung

Ad-hoc-Gruppe Grundlagen und Leitbild

Berlin, den 4. April 2016, 9:30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Raum: 1.501
11011 Berlin, Platz der Republik 1

Vorsitz:

Michael Müller

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Begrüßung

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 4**

Weiteres Arbeitsprogramm

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 10**

Zweite Beratung der Punkte des Leitbildes Teil B:
2.2.4 Ende der Produktion radioaktiver Abfallstoffe
2.2.5 Handlungszwang Zwischenlager

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 14**

Beratung des Kapitels B 3 des Berichtes,
„Das Prinzip Verantwortung“

Teilnehmer:

Michael Müller (Vorsitz)
Jürgen Voges (BT)
Erhard Ott
Jörg Sommer
Prof. Dr. Bruno Thomauske
Abg. Sylvia Kotting-Uhl
Judith Horrichs (Büro Abg. Ute Vogt)

(Beginn der Sitzung: 09:35 Uhr)

Tagesordnungspunkt 1

Begrüßung

Vorsitzender Michael Müller: Okay, fangen wir an?

Tagesordnungspunkt 5

Weiteres Arbeitsprogramm

Vielleicht darf ich vor Beginn noch etwas zu der Arbeitsplanung sagen: Also der letzte Teil, der noch hier behandelt werden muss, ist der Teil „Technikfolgenabschätzung / Technikbewertung“. Der ist im Augenblick in der Abstimmungsphase. Das Problem ist nur, dass Herr Grunwald in Israel ist. Er ist unglaublich viel unterwegs, also von ihm kriegt man nur aus Russland, Kanada, Japan oder wer weiß woher seine Mails. Und deshalb dauert das leider noch ein bisschen. Also, ich schätze, dass der Anfang nächster Woche - der Entwurf - dafür daliegt. Ich glaube, dann sind wir weitgehend mit unseren Teilen durch.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Abfallbilanz.

Vorsitzender Michael Müller: Abfallbilanz – ja, da kannst Du ja noch etwas zu sagen.

Ich will aber noch etwas sagen zu der Gesamtplanung der Kommission. Also es ist so, dass die Internetberatung abgestellt wird – nach den bisherigen Planungen Anfang Mai. Dass wir Ende April ja die Veranstaltung haben.

Abg. Sylvia Kottling-Uhl: Aber dabei bleibt es auch – auf jeden Fall?

Vorsitzender Michael Müller: Ich will erstmal etwas dazu sagen... Und Ende Mai kommen erst die letzten Gutachten rein – 23. Mai, wenn ich das richtig im Kopf habe.

Dann muss das alles eingearbeitet werden. Dann haben wir noch nicht den Teil A. Der muss auch noch beraten werden. Sodass man, also vereinfacht gesagt, realistisch davon ausgehen muss, der Bericht als Berichtsentwurf insgesamt wird nicht vor Mitte Juni vorliegen. Er soll Ende Juni von der Kommission nochmal mit den Anregungen der Bürger reflektiert und überarbeitet werden. Und dann den Präsidenten Bundestag und Bundesrat abgegeben werden. Ich will nur darauf hinweisen: Ich halte das schon für ein bisschen schwierig, permanent über Bürgerbeteiligung zu reden und die Bürgerbeteiligung am Ende auf vielleicht eine Woche zu reduzieren – über den Gesamtbericht. Ich will das nur sagen, da ergibt sich ja ein objektives Problem. Und ich sage das vor dem Hintergrund, weil ich am Wochenende bei der Veranstaltung vom BUND war. Vom BUND war weniger, also von den Beteiligten - es war ja nicht nur BUND, da waren ja auch Wendland und alles anwesend. Von den Beteiligten war weniger der Inhalt Gegenstand der Kritik, sondern primär, dass die Kommission von Bürgerbeteiligung redet, aber sie faktisch nicht über den Endbericht macht. Also, sie gestehen schon zu, dass eine ganze Menge Formate stattgefunden haben und so; das wird alles nicht bestritten. Aber es wird eben bestritten, dass das dem Anspruch der Bürgerbeteiligung entspricht. Und ich will nur objektiv auf dieses Problem hinweisen. Die Herausforderung geht in erster Linie natürlich an die Gesamtkommission und an die Berichterstatter, wie man damit umgeht. Aber es kann zu einem Problem werden. Ich wollte das nur sagen – HIER.

Erhard.

(Guten Morgen, Herr Thomauske.)

Erhard Ott: Schönen guten Morgen.

(Frau Kottling-Uhl: Sicherheitsabstand !)

Wenn ich an die... Da steht das Namensschild. (Heiterkeit) Wenn ich an die Sitzung der AG 1 am Freitag denke, war das am Vormittag mit den

jungen Erwachsenen und der Auswertung ihrer Vorschläge und Überlegungen eine ausgesprochen konstruktive Diskussion, die auch sehr strukturiert war. Und am Nachmittag sind wir, im Grunde genommen, in die alten Muster zurückgefahren.

Vorsitzender Michael Müller: Da wurde es wieder schwieriger, ja.

Erhard Ott: Ja, genau. Also es wird nichts an Zwischenergebnissen zu einzelnen Punkten mal wirklich auf den Punkt gebracht und festgehalten. Und damit fangen wir immer wieder beim Gesamtpaket, was Bürgerbeteiligung angeht, von vorne an. Und das, finde ich, ist wirklich in der Tat eine unerträgliche Geschichte. Also, das wird ja heute im Plenum mit dem ersten Bericht und dann heute Abend, denke ich, auch nochmal in der Vorsitzendenrunde Thema sein. Also, wenn wir da nicht zu Potte kommen, dann haben wir mit einem Kernstück, was Beteiligungsverfahren angeht, ein richtig dickes Problem, wenn wir da nicht zeitnah jetzt zu Potte kommen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich würde auch gerne noch etwas dazu sagen.

Ich dachte, wir brauchen das hier nicht (Mikro).

Vanessa Janzen: Doch, Tonaufzeichnung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ach so? Okay.

Also, diese Beteiligung an der Kommission, will ich schon nochmal sagen - ich hätte es jetzt ganz gern etwas intern gesagt -, ich habe das von Anfang an für ein Risiko gehalten, weil mir klar war, dass das erstens mal durch die begrenzte Zeit, die wir haben, aber auch dadurch, dass eben eine breite Beteiligung der Bevölkerung gar nicht zu generieren ist an diesem noch etwas abstrakten Thema: Wie sieht denn das Verfahren aus? Und dass wir, nachdem einige die Hürde auch sehr hoch gelegt haben, so im Sinne von: Wenn uns das jetzt nicht gelingt, gelingt es uns auch später nicht. Dass wir dann uns selber in ein eigentlich

unnötiges Risiko begeben, weil das Scheitern eigentlich vorprogrammiert ist und damit müssen wir jetzt ein Stück weit umgehen.

Und das andere ist AG 1 - das ist richtig, was Erhard Ott gerade dargestellt hat. Aber wir haben ja jetzt diese Sitzung nochmal extra, diese Sondersitzung. Und da müssen wir darauf bestehen - mit der Begründung habe ich sie auch eingefordert -, dass man dann anhand des Textes, der dann von uns allen, die Anmerkungen zu machen haben, diese Anmerkungen auch hat, sodass man wirklich eine Übersicht hat. Und dann müssen wir die durchgehen. Und dann gehen wir die durch, bis wir damit fertig sind, ja? Dann hören wir eben nicht um fünf auf, sondern dann gehen wir da durch bis wir fertig sind und stimmen diese Dinge ab.

Dann haben wir zumindest Meinungsbilder zu einigen Dingen. Anders haben wir nichts, was wir anschließend vorlegen können.

Und das Grundproblem ist, dass es einfach bei diesem totalen Neuland - alles andere kann sich ja an irgendwelchen Dingen festhalten. Die AG 3 kann sich am AkEnd festhalten, die Evaluierungsgeschichten sind irgendwie relativ klar durch gesetzliche Vorgaben usw. Wir haben eine Geschichte hier in dieser Gruppe, die wir irgendwie als Vorlage nehmen zum Bearbeiten. Und in der AG 1 haben wir eben im Nebel gestochert, sozusagen. Und es gibt einfach an ganz vielen Punkten nach wie vor sehr unterschiedliche Vorstellungen, wie man das am besten macht. Und da müssen wir dann auch einfach damit leben, dass man seine Vorstellungen dann halt auch aufgeben muss, wenn es eine andere Mehrheitsmeinung gibt. Das ist bisher nicht gelungen, also die, die bisher eigentlich schon unterlegen sind - ich nehme mal Rat der Regionen und Herrn Jäger; er kommt immer wieder damit, dass der doch unnötig ist. Das muss dann auch mal aufhören. Dann gibt es Mehrheitsmeinungen und dann stehen die auch für die AG und man kann nicht immer seine Lieblingsthemen wieder vor holen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, dem Grunde nach Zustimmung. Ich denke, dass das ja allgemeines Thema war am Ende der letzten Sitzung

in der AG 1. Da wir weder anhand, ich sage mal, einer Problemliste Probleme abgearbeitet haben, noch anhand des Textes selber durchgegangen sind, sodass am Ende dann eine allgemeine Ratlosigkeit übrig blieb: Worüber haben wir heute gesprochen? Was davon ist denn überhaupt jetzt Konsens, was ist Dissens? Insofern fangen wir beim nächsten Mal wieder genau dort an, wo wir letztes Mal aufgehört haben, ohne einen Schritt weiter zu sein. Das ist unbefriedigend. Ich will aber nicht die Gelegenheit hier nutzen, in gewisser Weise „Vorsitzenden-Bashing“, weil ich glaube, das ist auch nicht in Ordnung. (Heiterkeit)

Was den Endbericht und die Beteiligung der Bevölkerung am Endbericht anbelangt, so hatte ich auch früher darauf hingewiesen: Wir hatten selbst beim AkEnd jeweils zweitägige Sitzungen, wo wir den Entwurf und dann den Endbericht vorgestellt haben. Und wenn ich jetzt höre, dass aus finanziellen Gründen das Ganze eingedampft werden muss, dann muss ich sagen, da habe ich ein erhebliches Problem damit. Weil da eine allgemeine Beteiligung schon im Vorfeld nicht in dem Umfang, wie wir es uns gerne gewünscht hätten, stattgefunden hat, muss zumindest im Rahmen des Endberichtes ausreichend Zeit sein, dass sich auch andere damit befassen können. Und dass wir da auch mit einer gewissen Systematik durch den Bericht durchgehen.

Vorsitzender Michael Müller: Also, ich will hier auch keine Leute kritisieren, die sich sehr engagieren. Aber ich sehe einfach nur das Dilemma. Und das Dilemma ist so, dass nach all dem, was wir wissen - jetzt mal unabhängig davon, welche Form der Beteiligung wir machen -, der Endbericht erst zu einer Zeit, also der Entwurf des Endberichts, erst zu einer Zeit vorliegt, wo faktisch keine Bürgerbeteiligung mehr möglich ist. Das ist der Punkt. Und mein Interesse ist: Wir können noch so gut sein in den anderen Teilen, wenn man einen formal nicht so einfach aus der Welt zu schaffenden Grund erzeugt, gegen den Bericht zu sein, wird das ausgenutzt. Man darf formal, aus meiner Sicht, nicht angreifbar sein. Und wir

sind formal angreifbar bei dem Verfahren. Das ist mein Problem.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Dann müssen wir eine Lösung suchen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja. Also, ich wollte jetzt erst auf diesen Punkt hinweisen, weil - wir waren anfangs davon ausgegangen, die Bürgerbeteiligung über den Entwurf des Endberichts muss mindestens 8 Wochen sein. Das waren die ursprünglichen Zahlen, die wir in der Kommission hatten. Und jetzt sind es wahrscheinlich 5 – 10 Tage. Das macht es etwas schwierig. Jörg Sommer.

Jörg Sommer: Ja, also ich würde natürlich auf keinen Fall darüber nachdenken, die Kommission zu verlängern, weil ich glaube, das ist nicht realistisch. Aber die Frage ist natürlich wirklich: Muss man den Bericht vor der Sommerpause abgeben oder kann man das nach der Sommerpause tun? Und dafür eine Lösung finden. Ich denke, das ist die einzige Richtung, in die man diskutieren kann. Also eine Pauschalverlängerung, glaube ich, ist bei keinem der Beteiligten eine ernsthafte Debatte.

Wobei ich mal ausnahmsweise darauf hinweisen muss: Klaus Brunsmeier hat das von Anfang an ja schon angemerkt. (Heiterkeit) Er war ja immer ein heldenhafter Kämpfer für eine Verlängerung.

Vorsitzender Michael Müller: Erhard.

Erhard Ott: Nein, also eine Verlängerung kommt, aus meiner Sicht, auch nicht in Frage. Also, da müssen wir dann eine andere Lösung finden. Wir haben ja am Freitag am Ende der Sitzung vereinbart, dass - bezogen auf das Beteiligungskonzept, auch was die notwendigen Abstimmungen mit der Arbeitsgruppe 3 angeht, wo es ja unterschiedliche Linien gibt - das Gespräch mit den jungen Erwachsenen nicht nur mit uns beiden Botschaftern der Kommission und den AG-Vorsitzenden stattfindet, sondern dass auch die AG-Vorsitzenden der AG 3 da miteingeladen werden. Ich

hoffe, dass das terminlich geht; dass da auch der Versuch gemacht wird - im Grunde genommen die drei Elemente (Diskussionsstand AG 1, Diskussionstand AG 3, junge Erwachsene) - zu gucken, ob man das unter einen Hut bringt. Also, einen Termin haben wir da auch vereinbart. Da müssen wir mal gucken.

Zweiter Punkt, den ich kurz ansprechen möchte, ist: Wir haben ja am Freitag berichtet bekommen, dass, ich glaube heute, die Teile des Berichtsentwurfes, die jetzt öffentlich zur Diskussion gestellt werden, ins Internet eingestellt werden sollen. Da war ein ganz entscheidender Punkt oder jetzt nach der Plenumsitzung heute und morgen.

Vorsitzender Michael Müller: Einige sind ja schon drin.

Erhard Ott: Einige sind schon drin.

Da ging es nochmal um die Frage der Kommentierung: dass da sichergestellt wird, dass die bisher eingestellten Dokumente, wo es Kommentierungen gibt, wenn jetzt das Dokument insgesamt neu eingestellt wird, diese Kommentierungen nicht verloren gehen, sondern dass eigentlich da sichergestellt sein muss, dass da weiter mit gearbeitet werden kann. Denn sonst haben wir, auch für uns, was Nachvollziehbarkeit angeht, ganz schnell Chaos.

Vorsitzender Michael Müller: Das wird gemacht.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ja, wir hatten das besprochen, dass die Kommentierung erhalten bleibt, zumindest dass man darauf weiter zugreifen kann. Es ist natürlich so, dass alles dieses, wenn man jetzt die Kommentierung überträgt und erhält, das erfordert dann wieder Zeit beim Einstellen durch den Dienstleister. Dieser hat ja den bislang fertigen Teilbericht, der schon 233 Druckseiten umfasst, mittlerweile fast zwei Wochen vorliegen und dieser steht noch nicht im Netz. Ich habe das genaue Datum nicht im Kopf, also mindestens 10 Tage.

Zur Öffentlichkeitsbeteiligung vielleicht noch eine Bemerkung, was aus meiner Sicht oder der

Sicht der Geschäftsstelle nicht sichergestellt ist, ist, dass die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Empfehlungen - das heißt über den Teil A, der ja dann auch als der politisch relevante empfunden werden wird - tatsächlich diskutieren kann. Der Teil B, sozusagen mit dem eigentlichen Bericht, der wird weitgehend fertig sein Ende April. Aber die Zusammenfassung, die dann die eigentlichen Empfehlungen enthält - nicht der einleitende Teil von A, aber die zusammenfassenden Empfehlungen -, liegen dann wahrscheinlich noch nicht im Entwurf vor. Und es wäre natürlich eine Lösung, dann sozusagen zu sagen: Wir diskutieren heute über die Langfassung, den Teil B, und wir machen nochmal irgendeinen anderen Termin, wo man sich tatsächlich auf den Teil A und die Empfehlungen beschränkt. Dafür ist kein Geld vorhanden, aber das müsste man dann eben...

Vorsitzender Michael Müller: Nachfordern.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): ... müsste man, dafür sorgen. Und das wäre insofern günstig, weil man dann auch einen relativ kurzen Teil hätte, über den man diskutiert. Der Teil ist nicht so lang, er umfasst die Empfehlungen in Teil A. Er ist aber das tatsächlich relevant.

Vorsitzender Michael Müller: Es bleibt natürlich bei der Abgabe Ende Juni.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Der Teil A soll gefertigt werden auf Grundlage des Teil B. Das soll die Geschäftsstelle machen.

Vorsitzender Michael Müller: Und dann müssten wir uns auch Gedanken machen, wie wir das abstimmen.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Die Geschäftsstelle muss den gesamten Teil B auf Empfehlungen durchgehen. Das kann man natürlich früh beginnen. Solange aber vom Teil B nur Teile vorliegen und an den relevanten Punkten, wo es Streit geben könnte, überall noch „Klammern“ stehen, ist es natürlich schwierig, eine Ergebniszusammenfassung zu schreiben.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Was diskutieren wir dann bei diesem öffentlichen Forum Ende April?

Vorsitzender Michael Müller: Das würde ich auch mal gerne wissen. (Heiterkeit)

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Den Teil B eigentlich.

Vorsitzender Michael Müller: Nee, nee, nee. Also, um das mal so zu sagen. Das löst das Problem natürlich nicht. Und das ist ja auch ein Punkt, der formal kritisiert wird. Dass man also, sozusagen, eine Art Schlussveranstaltung macht, obwohl es noch gar keine Schlussfassung gibt. Also, insofern ist das alles ein bisschen problematisch. Aber zu dem A will ich auch nochmal sagen: Mich erinnert das so ein bisschen an den IPCC. Der IPCC hat ja drei Berichte; über den wissenschaftlichen Bericht wird fast überhaupt nicht geredet. (Heiterkeit) Es wird nur über die Zusammenfassung geredet, die dann ja in mühsamen Prozessen über eine Woche immer erstellt werden. Und das kann natürlich sein, dass es auch bei uns so passiert, dass man über den Bericht nicht redet, sondern nur über die Zusammenfassung. Die Gefahr ist also da.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, jetzt haben wir eine Problemfeststellung. Aber ich finde, wir sollten in der Kommission heute da auch eine Lösung erarbeiten. Und die kann ja nur so aussehen, dass wir im Juni nochmal eine öffentliche Beratung machen. Dass wir jetzt eine Beratung des Berichts machen, was eben vorhanden ist, ja, und uns nochmal Input holen, sozusagen, für die letzten Meter und das schon versuchen, da mit aufzunehmen. Und dann, wenn es wirklich fertig ist, also Juni - bis 1. Juni ist Abgabefrist für Sondervoten -, dann irgendwann im Juni das nochmal macht. Und das müssen wir heute beschließen, dass wir nochmal eine öffentliche Beratung machen. Also anders stehen wir das nicht, das geht gar nicht, ja, nach draußen.

Vorsitzender Michael Müller: Herr Thomauske.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Grundsätzlich ja. Aber wir haben dann das Problem, dass wir dann dafür kritisiert werden, weil ja keine Zeit mehr verbleibt, die Ergebnisse gewissermaßen dieser Diskussionen einzuarbeiten. Und das wird uns vorgeworfen werden. Dass das gar kein Ergebnis auch von der Diskussion mehr ist, sondern im Prinzip eine Präsentation. Aber nicht mehr mit der Zielstellung einer Rückkopplung.

Vorsitzender Michael Müller: Also mein Vorschlag wäre, um das mal so zu sagen: Die Kommission erstellt ihren Bericht bis Ende Juni - den Entwurf - und schließt damit faktisch ihre Arbeit ab. Dann gibt es eine zweimonatige Bürgerbeteiligung. Die Kommission kommt dann nochmal zusammen Ende August und gibt den Bericht Anfang September ab. Alles andere scheint mir vor dem Hintergrund des Problems nicht machbar. Dann halten wir formal unsere Abschlussarbeit Ende Juni ein, aber wir machen, sozusagen, einen organisatorischen Trick. Aber ich wüsste nicht, wie man das anders machen soll. Ich weiß, es ist schwierig im Sommer eine Bürgerbeteiligung zu organisieren, aber das kann ich nicht ändern. Wem die Sache es Wert ist, der wird sich auch da beteiligen. Das ist eine Zeitfrage.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das passiert dann alles online, ne?

Vorsitzender Michael Müller: Man kann auch überlegen, ob man, sagen wir mal, dann zweite Hälfte August etwas machen. Es muss ja nicht die gesamte Kommission da sein.

Ja, nur – Entschuldigung - SO IST DAS. Ich will mal darauf hinweisen: Als wir unsere Klima-Enquete im Bundestag hatten, da haben wir in der Sommerpause drei Wochen durchgearbeitet. Ich meine, das ist heute kaum mehr vorstellbar, aber so war das damals.

Und ich müsste eigentlich von Leuten verlangen, dass sie, wenn sie das ernst nehmen, dann sagen: Ja, wir machen da nochmal einen Tag.

Ja, ich weiß...

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, ich hatte ja viele Beteiligungsverfahren und Genehmigungsverfahren geleitet und auch an denen teilgenommen. Es gibt immer zwei Kritikansätze, die man sich aus-suchen kann: Macht man es während der Arbeitszeit, haben die Leute keine Zeit, weil sie so beruflich beschäftigt sind. Macht man es in der Urlaubszeit, dann sind sie weg. Also insofern - das ist linke Backe, rechte Backe.

Ich denke, wir müssten stärker gewichten die Frage: Welche Möglichkeiten wollen wir einräumen? Und dabei muss auch der Möglichkeit Platz zur Verfügung gestellt werden, dass sich die Kommission noch damit beschäftigen kann.

Wenn wir das nur, gewissenmaßen, là pour la machen, dann tun wir uns einen Tord an. Und das wird kritisiert werden. Deswegen habe ich da Sympathie für Ihren Vorschlag, weil ich auch davon ausgehe, dass auch der Bundestag nicht wesentlich sich mit dem Konvolut beschäftigen wird in der Sommerpause. (Heiterkeit)

Vorsitzender Michael Müller: Kein Mensch von denen wird etwas machen – ich kenne sie ja. (Heiterkeit)

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Und insofern, ich sage mal, Ende Juni genauso gut ist, wie Anfang September.

Vorsitzender Michael Müller: Ich will einfach nur - um meine Argumentation nochmal zu sehen - ich will einfach, dass gute Arbeit, die hier in der Kommission geleistet wurde, nicht am Ende kaputt gemacht wird durch eine formale Debatte. Und bei dieser Veranstaltung des BUND wurde eigentlich inhaltlich nicht viel in Frage gestellt oder besser gesagt, nichts dazu gesagt. Es war fast ausschließlich eine Debatte über diese Beteiligungsfrage. Und ich will mich so nicht angreifbar machen, das sage ich ganz offen. Weil, warum soll man sich so anstrengen, wenn man an einem formalen Punkt dann am Ende alles kaputt macht? Das kann nicht sein. Deshalb will ich das nur sagen: Ich habe das auch mit

Frau Heinen-Esser und so noch nicht abgesprochen. Aber es bewegt mich seit dem Wochenende sehr intensiv - die Frage.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und wenn wir es heute in der Kommission bereden?

Vorsitzender Michael Müller: Wir müssen es, glaube ich, ansprechen, wenn wir bei der Beteiligung sind.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Vielleicht solltest Du mit Ulla vorher mal ein Wort wechseln.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, die kommt später - das ist das Problem.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Du kannst ja auch eine SMS senden.

Vorsitzender Michael Müller: Na, ich rufe sie an - ich mache das schon. Ich sage nur, ich kann nicht mit ihr reden.

So, dann wollen wir bitte zu unserer Tagesordnung kommen. Und ich würde sagen, der Jürgen Voges fängt direkt an.

Tagesordnungspunkt 3

Zweite Beratung der Punkte des Leitbildes Teil B. 2.2.4 „Ende der Produktion radioaktiver Abfallstoffe“ und B 2.2.5 „Handlungszwang Zwischenlager“

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Wir hatten beim letzten Mal die Kapitel 2.2.4 bis zum Handlungszwang Zwischenlager besprochen. Es gab einige Änderungswünsche. Dies betraf die namentliche Erwähnung von Kommissionsmitgliedern, die nicht gewünscht war. Dann enthielt der Text einmal eine falsche Zahl. Und das Ganze war etwas zu straffen. Das habe ich nach bestem Wissen und den Vorgaben entsprechend getan und jetzt liegt Ihnen das erneut vor.

Zu dem anderen, was wir das letzte Mal in erster Lesung hatten, das war dieser Kasten zu „Ende der Wiederaufarbeitung“. Da gab es lediglich mittlerweile abgeklärte Anmerkungen. Insofern habe ich das nicht noch einmal geändert zur Diskussion gestellt.

An dieses - ich habe mich jetzt zwischenzeitlich auch mit Herrn Sailer verständigt -, an dieses Kapitel, was ja mit dem Abschnitt 2.2.5.2 jetzt endet, soll nunmehr die Abfallbilanz angefügt werden. Das ist nun so geplant. Damit ist auch Herr Sailer einverstanden. Diese Bilanz muss ich aber noch fertigstellen. Dafür fehlten noch Angaben aus dem BMUB die Asse betreffend. Diese waren lange angekündigt, sind aber nicht eingegangen. Ansonsten muss man sich, auf das beschränken, was Herr König in der Kommission zu diesem Punkt vorgetragen hat.

Vorsitzender Michael Müller: Gibt es Anmerkungen zum Kapitel 2.2.4. insgesamt?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich hätte etwas zu „2.2.4.2 Hoch Radioaktive Abfallstoffe“. Das hat ein Genauigkeits...

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne,ne, wir sind bei 2.2.4.

Vorsitzender Michael Müller: Ne, ne, wir machen nur 2.2.4 jetzt.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Dann ist in Ordnung. Okay. Gut.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Da wird ja Urananreicherung und Fertigung von Brennelementen genannt und anschließend kommen dann die Kernkraftwerke alle mit ihren Standorten. Da wäre die Frage, ob man bei diesem Einstieg nicht auch die Standorte nennt, also die Urananreicherung in Gronau und die Fertigung von Brennelementen in Lingen.

Vorsitzender Michael Müller: Können wir machen. So, Gronau und Lingen. Alles klar.

Dann kommen wir zu „2.2.4.1 Schwach und mittel radioaktive Abfallstoffe“ - da gibt es nichts.

Dann „2.2.4.2 Hoch radioaktive Abfallstoffe“. Bitte.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Da würde ich nochmal zurückkommen auf die letzte Zeile im ersten Absatz: „*voraussichtlich 17.138 Tonnen*“.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ist das ein bisschen zu präzise? (Heiterkeit)

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Bei der Abfallmenge, die anfallen wird bis 2022, sind so viele Unwägbarkeiten. Es hängt von dem Management usw. ab. Also, da würde mir ein „ca. 17.000“ allemal reichen, als so eine Pseudogenauigkeit. Weil üblicherweise sich die Ungenauigkeit in der letzten Stelle wiederfindet und sonst ist es „pseudo“.

Vorsitzender Michael Müller: Okay, Wortmeldungen zu 2.2.4.3

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: „2.2.4.3 Abfälle aus Forschung und Landessammelstellen“. (Seite 3)

Vorsitzender Michael Müller: Wird korrigiert. Anmerkungen zu 2.2.4.4? --- Dann zu 2.2.5?

Judith Horrichs: Nein, da hatte ich nur die Frage, wie das jetzt mit dem Kapitel „Notwendige Zwischenlagerung“ zusammengefasst wird. Das hatten wir beim letzten Mal so besprochen, dass das irgendwie zusammengeführt wird – die Inhalte aus der...

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Die beiden Kapitel sollten sich eigentlich nicht widersprechen.

Judith Horrichs: Nee, also ich hatte es nur vom letzten Mal so im Kopf, dass wir das so abgesprochen haben, dass wir das mit diesem Kapitel irgendwie zusammenführen, weil ich finde, in beiden Kapiteln sind einfach Aspekte drin, die zusammengeführt vielleicht besser wirken würden – an Zahlenmengen.

Vorsitzender Michael Müller: Bitte.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Darüber hatte sich mit Herrn Sailer gesprochen – es ging insgesamt über die Gliederung des Endberichtes und dann auch über den gerade angesprochenen Punkt. Und er meinte, das widerspreche sich nicht und es sei ganz gut, wenn das Problem zweimal im Bericht angesprochen werde. Einmal als Ausgangspunkt des Problems und einmal als Empfehlung der Kommission.

Judith Horrichs: Ich hatte eben nur das Gefühl, dass dieses Zwischenlager, das da auch so ein wichtiger Punkt ist und auch immer wichtiger wird vor dem Hintergrund, dass die Gemeinden und Kommunen ja ebenso belastet sind, dass es schön wäre, die wichtigen Informationen an einer Stelle zusammen zu haben - einfach. Weil ich finde eben, diese Kapitel ergänzen sich eigentlich ganz gut, also, die stehen nicht im Widerspruch, aber es wäre irgendwie präserter, wenn es an einer Stelle zusammengeführt wäre.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Wenn ich jetzt davon ausgehe, dass es hier bleibt, dann hätte ich einen konkreten Änderungsvorschlag: Zeile 45, da steht:

„Daher können Übergangslösungen bei der Aufbewahrung der hoch radioaktiven Abfallstoffe (...) notwendig werden“

...und wir wissen ja nun schon, dass sie notwendig werden. Deswegen würde ich drum bitten zu schreiben:

*Daher **werden** Übergangslösungen... usw.... notwendig werden.*

Vorsitzender Michael Müller: Wo ist das?

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist der letzte Satz auf der Seite 3. Also: Daher **werden**...

(Suche nach dem besagten Satz)

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vielleicht einfach nur ein Punkt, der mir wichtig ist, zur Erläuterung: Bei der Einlagerung der Behälter gilt das für den jeweiligen Behälter 40 Jahre. Das ist jetzt grundsätzlich daraus ablesbar, aber eben nur für denjenigen, der sich mit der Thematik auskennt. Also insofern die Abfälle, die jetzt eingelagert werden, die können natürlich bis 2055 grundsätzlich, wenn das Lager verlängert wird, dort verbleiben. Es gilt immer für den jeweiligen Behälter.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir:

„Sie laufen für den jeweiligen Behälter nach 40 Jahren aus.“

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, auf der Seite 4.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Aber es gibt ja auch eine Zwischenlageregenehmigung.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Die ist vorher. Die kommt vorher auf der Seite 3. Und auf der Seite 4... Auf der Seite 3, das richtet..., das gilt ab dem ersten eingelagerten Behälter, also ab der Inbetriebnahme. Und auf der Seite 4, das gilt dann für jeden Behälter.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Was war Ihr Vorschlag?

Jörg Sommer: Das steht doch auch so drin.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja. Ich wollte nur, gewissermaßen, damit wir alle in dem Bewusstsein sind, dass es zwei unterschiedliche Dinge sind. Und dass es nicht ein Zeitpunkt ist, ab dem das gilt, sondern dass, gewissermaßen sukzessive, die Abfälle, die 2022 eingelagert werden oder 2027 eingelagert werden, können dort bis 2067 verbleiben - wenn das Lager verlängert wird.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Ihr Vorschlag war jetzt auf Seite 4, der erste Satz oben, ergänzen

durch hinter „auf 40 Jahre nach Beladung“? Oder wollten Sie jetzt noch....

Prof. Dr. Bruno Thomauske: In der zweiten Zeile schreiben:

„für den jeweiligen Behälter auf 40 Jahre befristet.“

Jürgen Voges (Geschäftsstelle):

„Neben den Genehmigungen sind auch die Erlaubnisse zur Lagerung der Abfallstoffe in den einzelnen Behältern auf 40 Jahre befristet.“

Erhard Ott: „...jeweils auf 40 Jahre befristet.“

Vorsitzender Michael Müller: Hinter den Behältern „jeweils“, dann hat man...

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): „...jeweils“, gut. Danke.

Vorsitzender Michael Müller: Noch etwas zu dem Teil 2.2.5?
Dann kommen wir zu „2.2.5.1 Besondere Situationen in Zwischenlagern“. Herr Voges.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Dieser Abschnitt ist vielleicht ein bisschen eingeschoben, aber er referiert einfach die Kommissionsarbeit zu diesem Thema und das wird an keiner anderen Stelle des Berichts sonst erwähnt.

Vorsitzender Michael Müller: Dazu sehe ich keine Anmerkungen. Dann kommen wir zu 2.2.5.2.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Einen Punkt haben wir noch: Der NaPro sieht ja vor, ein zentrales Zwischenlager einzurichten als Eingangslager für alle Behälter - ab dem Zeitpunkt, gewissermaßen, der Standortfestlegung.

Judith Horrichs: Teilerrichtungsgenehmigung.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Mit einer ersten Teilerrichtungsgenehmigung. Das haben wir hier nicht mit drin.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Doch, im zweiten Absatz. Innerhalb dieses Abschnitts ist die entsprechende Passage auch zitiert, im zweiten Absatz – Anmerkung 30.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das ist aber geklärt. Wenn Sie die letzten drei Zeilen nehmen:

„...ob alle bestrahlten Brennelemente und Abfälle aus der Wiederaufarbeitung gleich zeitig oder nacheinander,... aufbewahrt werden...“

Das hat das Bundesumweltministerium gesagt. Das ist ja ein Eingangslager für 500 Behälter, in das nicht alle Behälter zeitgleich, sondern **nacheinander** dort eingebracht werden können – und nicht zeitgleich.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Darüber gab es in der letzten AG3-Sitzung nochmal eine Debatte. Die Zahl 500 Behälter steht in einem ergänzenden Gutachten des Öko-Instituts, das eine Vorarbeit zu dem Programm war. Es kam dann von Herrn Brunsmeier die Frage, was denn das Bundeskabinett beschlossen hat; ob es diesen Text der Vorarbeit beschlossen hat oder ob es das Programm selbst beschlossen hat.

Die Auskunft des BMUB war, dass nur diese Formulierung, die hier steht, Teil des Programms ist. Das andere ist eine Abschätzung. Und dahinter stehen die Schwierigkeiten, die da zu erwarten sind und die zeitlichen Lücken, die sich da auf-tun. Das ist der Grund dafür, dass es einfach keine Festlegung gibt, die über den Text im NaPro hinausgeht.
Die Zahl 500 findet sich im NaPro nicht in diesem Zusammenhang nicht. Es findet sich nur die Formulierung „alle“. Zudem gibt es die Vorarbeit des Öko-Instituts, die abschätzenden Charakter

hatte. Diese Abschätzung der Größe des Eingangslagers ist aber nicht in das NaPro eingegangen

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja. Also, insofern an dieser Sitzung war ich nicht dabei, sondern in der vorhergehenden, wo der BMUB nochmal explizit die 500 genannt hatte. Deswegen habe ich das da an der Stelle so für mich abgespeichert gehabt. Wenn das überschrieben ist und das Bundesumweltministerium sich davon entfernt, dann habe ich damit auch kein Problem.

Vorsitzender Michael Müller: Weitere Anmerkungen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Es ist ja ein entscheidender Punkt, ob sämtliche Abfälle dort reinkommen sollen. Das ist sowohl für die zukünftige Standortgemeinde entscheidend. Und es ist auch für die Zwischenlagergemeinden entscheidend.

Vorsitzender Michael Müller: Also ich würde da schon etwas...

Judith Horrichs: Ich hatte auch noch die Frage dazu, wenn das eine Zustandsbeschreibung sein soll - dieser Teil jetzt -, ob man dann eben nicht diese Zahlen ergänzt, die es eben gibt. Das ist auf jeden Fall, selbst wenn das Lager genehmigt ist, dann noch 30 Jahre dauert, bis das letzte Gebinde eingelagert ist. Diese Zahlen, die in dem anderen Berichtsteil eben drin stehen. Ob das irgendwie möglich wäre, das noch zu ergänzen im Sinne einer Zustandsbeschreibung, um das Problem zu illustrieren.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Also, man kann das sicherlich ergänzen. Die Zahl 500 habe ich deswegen nicht aufgenommen, weil sie nicht Teil des tatsächlichen Programms ist, was beschlossen worden ist. Ich habe Programm auf die Zahl 500 hin von vorn bis hinten durchsucht. Und sie steht eben nicht im beschlossenen Teil drin.

Judith Horrichs: Also ich meinte die Jahreszahlen; ich meinte jetzt nicht die 500 Behälter. Sondern ich meinte, um die Dauer zu illustrieren. In dem anderen Berichtsteil steht das schon drin.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, ich finde es schlimm genug, dass die Jahreszahlen in einem Berichtsteil drin stehen, weil wir hatten auch mal eine Debatte in der Kommission mit dem Neustart, mit Glaubwürdigkeit usw. Ob wir jetzt da Zahlen reinschreiben wollen, von denen wir **alle** annehmen, dass sie nicht gehalten werden können. Deswegen würde ich sie nicht nochmal irgendwo reinschreiben, wenn man es vermeiden kann.

Noch eine andere Anmerkung, der letzte Absatz auf der Seite 7:

„In jedem Fall zwingen die befristeten Zwischenlagergenehmigungen dazu, die Suche nach dem Standort mit bestmöglicher Sicherheit zügig voranzutreiben.“

Wir hatten ja auch immer gesagt, es darf aber kein Zeitdruck entstehen, auf das was notwendig ist, um eben am Ende das Ziel der Akzeptanz auch zu erreichen. Deswegen wäre die Frage, ob man da nicht nochmal einen kleinen Einschub macht am Ende:

„...zügig voranzutreiben, ohne dabei Sicherheitsnachlässe, Öffentlichkeits...“

Vorsitzender Michael Müller: „...die notwendige Sicherheit und Bürgerbeteiligung zu vernachlässigen.“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Genau, so irgendwas. Um klar zu machen, die Schnelligkeit ist jetzt nicht, sozusagen, der prioritäre Maßstab.

Tagesordnungspunkt 4
Beratung des Kapitels B 3 des Berichtes, „Das Prinzip Verantwortung“

Vorsitzender Michael Müller: Weitere Anmerkungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4, Kapitel 3 „Das Prinzip Verantwortung.“

.... (Aufzeichnung fehlt, die Mikrofone nicht genutzt wurden.) ...

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich hätte zwei Punkte: Ich würde auf der Seite 2 in der vierten Zeile, dass

„der Mensch...über geo-physikalische Kräfte verfügt...“

Da würde ich „geo-physikalisch“ rauslassen, weil es ist ja nicht gemeint, dass wir geo-physikalische Kräfte an der Stelle besitzen, sondern Kräfte besitzen, die bis hin zur - Geologie würde ich nicht sagen, aber im Bereich der Natur oder wo auch immer - Einwirkungen haben kann und natürlich auch physikalisch-lokale Einwirkungen haben kann. Also ich würde eigentlich stärker über Kräfte, die den Naturgewalten gleichkommen.

Vorsitzender Michael Müller: Also ich will mich da nicht streiten, nur es ist die formale Formulierung von der stratigraphischen Kommission der Geologischen Gesellschaft London, die da weltweit für zuständig ist. Die eben zu dem Ergebnis kommt: *geo-physikalisch*, aber wir können das gerne streichen. Ich halte das nicht für so erheblich.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Dann ist es aber wahrscheinlich auch nicht mit Bindestrich, sondern zusammen geschrieben.

Vorsitzender Michael Müller: Das kann sein. Das will ich jetzt nicht bestreiten.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, weil so lese ich das: geologische und physikalische Kräfte. Und die Geophysik ist nochmal eine eigene Disziplin.

Vorsitzender Michael Müller: Also, ich schlage einfach vor:

„...über Kräfte...“

Das „geo-physikalisch“ streichen wir raus. Das sind sowieso nicht nur geophysikalische, sondern auch chemische Kräfte und so. Es ist nur die formale Formulierung gewesen in dem Bericht der stratigraphischen Kommission, die zu der Jahreshauptversammlung der Geologischen Gesellschaft vorliegt.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, also mein Aspekt ist nur der: Das grenzt das so ein auf die Geophysik und die Auswirkungen sind ja in ganz anderen Bereichen viel größer als im Bereich der Geophysik. Und deswegen würde ich das an der Stelle...

Vorsitzender Michael Müller: Ich habe jetzt „geo-physikalisch“ rausgenommen, ne?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, und dann vier Zeilen weiter, da würde ich eigentlich das „überzeugend“ streichen. Es reicht, wenn wir schreiben, dass er das begründet hat. „Überzeugend“ heißt, wir nehmen das im Sinne eines Glaubensbekenntnisses, machen uns das zu Eigen.

Vorsitzender Michael Müller: Naja, es war nur der Auslöser, dass er dadurch vier Jahre lang der meist zitierteste Wissenschaftler der Welt war.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, ja.

Vorsitzender Michael Müller: Gut. Von mir aus auch das, das ist nicht ein zentraler Streitpunkt – im Gegenteil.
So, noch etwas zu 3.1?

Dann kommen wir zu „3.1.1 Die Idee des Fortschritts“.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Kann ich eine Anmerkung dazu machen? Und zwar auf der Seite 4, oben: Dass Comte darauf hinweist

„..., dass Veränderungen in der Regel Verbesserungen sind...“

Das, denke ich, ist doch für uns auch handlungsweisend. Wir gehen ja auch davon aus, dass ...

Vorsitzender Michael Müller: Aber mit einer anderen Begründung.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: ...dass das, was wir vorschlagen, auch eine Verbesserung darstellt. Und ich wüsste auch niemanden in der Vergangenheit, der bewusst destruktiv tätig wurde.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ja. Aber es geht ja hier, weil sie festgefügte Traditionen verdrängen. Und ich bin nicht der Meinung, dass Veränderungen automatisch festgefügte Traditionen verändern sollen. Da bin ich anderer Meinung. Das ist der Streitpunkt - das „weil“...

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Aber versuchen wir nicht mit dem, was wir hier machen, auch festgefügte Tradition zu verändern?

Vorsitzender Michael Müller: Ich bin sogar der Meinung, wir tun manches, um festgefügte Traditionen zu **bewahren**.

(Allgemeine Heiterkeit)

Jörg Sommer: Jetzt wird es philosophisch, aber nicht weniger korrekt.

Vorsitzender Michael Müller: Also, wir können da nochmal drüber gehen. Aber gemeint ist da natürlich etwas anderes. Es ist nicht, dass man der Meinung ist, dass Veränderung keine Verbesserung sein sollen. Das ist nicht der Punkt.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich kann mit dem Satz leben. Es war nur eine Anmerkung, weil ich einfach denke, dass ich nach wie vor auch an der

Stelle die Aussage für richtig halte, dass wir den Prozess des Fortschritts als Veränderung ansehen. Sonst würden wir ja nichts mehr tun.

Vorsitzender Michael Müller: Dann machen wir aus dem „weil“ ein „wenn“.

Jörg Sommer: Nee! Nee, nee.

Vorsitzender Michael Müller: Also im Grunde genommen ist es die Auseinandersetzung, sozusagen, zwischen einer moralisch-wertorientierten – na, das war der Grundtheoretiker des Positivismus.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Sie zitieren den ja. Also, insofern kann ich damit leben. Es war eine Anmerkung.

Vorsitzender Michael Müller: Aber wir gucken da nochmal.

So, weiter Seite 4. Also bis 5 oben meine ich.

Dann kommen wir dann zu „*Risikogesellschaft und Prinzip Verantwortung*“. Und werden hier im Wesentlichen drei Wegbereiter dieser Debatte, nämlich Beck, Jonas und Lothar Hack bearbeitet.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Also, ich hätte eine Anmerkung zum letzten Absatz auf der Seite 5. Dort das Zitat:

„Not lässt sich ausgrenzen, die Gefahren des Atomzeitalters nicht mehr.“

Ich glaube, dass wir da gerade andere Erfahrungen machen, dass sich Not nicht ausgrenzen lässt. (Heiterkeit)

Abg. Sylvia Kotting: Das ist ein Zitat.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das ist ein Zitat, jaja. Aber er ist ja da, gewissermaßen, schon irgendwo so mit übernommen, dass das bei Kernenergie etwas ganz Besonderes ist. Eigentlich

müsste man an der Stelle sagen, dass Beck hier möglicherweise zu kurz gedacht hat.

Vorsitzender Michael Müller: Oder wir schreiben: „...beschrieb am Beispiel...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das Zitat ist vielleicht ein bisschen schwierig. Vielleicht findet man ein anderes von Beck. Also mit diesem „*Not lässt sich ausgrenzen,...*“ Also, was er sagen will, ist ja, - oder gesagt hat, genau wie Jonas - ist ja, dass einfach dieses Risiko oder diese Gefahr der Atomkraft einfach in Raum und Zeit nicht begrenzbar ist. Alles andere schon, aber Atom eben nicht. Und da findet man vielleicht ein anderes. Dieses „*Not lässt sich ausgrenzen,...*“ – da habe ich jetzt auch... (Heiterkeit) Das ist ein bisschen schwierig.

Jörg Sommer: Das könnte die Grundaussage etwas abwerten, wenn man das so stehen lassen würde.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, wir können ja einfach anfangen:

„...die Gefahren des Atomzeitalters begründet, beschrieb die neuen Konturen der Risikogesellschaft damit, dass sich die Gefahren des Atomzeitalters nicht ausgrenzen lassen.“

Und dann das Zitat.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Und dann auf der Seite 5 oben die Frage:

„...ein Produkt der Moderne, und zwar in ihrem höchsten Entwicklungsstand. Kernkraftwerke – Gipfelpunkte menschlicher Produktiv- und Schöpferkräfte – sind seit Tschernobyl auch zu Vorzeichen eines modernen Mittelalters der Gefahr geworden.“

Galt das nicht auch für das Haber-Bosch-Verfahren und die Anwendungen im Ersten Weltkrieg usw.? Also, da wird auf eine Singularität oder als

eine Singularität identifiziert, die doch gar keine ist.

Vorsitzender Michael Müller: Naja, die hat natürlich eine besondere Dimension. Aber es ist richtig, wir könnten dahinter schreiben...

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Giftgas hat genauso...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ist ja richtig. Lassen wir doch dahinter schreiben:

„Beck machte das vor allem am Beispiel der Atomenergie deutlich, beschreibt aber in seinem Buch auch andere Gefahren des Industriezeitalters.“

Und das hat er, er hat auch über die Gentechnik und so.

Ja, bitte. Auf Seite 6?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Dritte Zeile, Seite 9: „frühzeitig“ bitte einmal streichen.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, Seite 9. Ja, Entschuldigung.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Das einmal streichen und dann bei dem ersten bullet point in der dritten Zeile:

„Es gibt keinen Energieträger, dessen ‚Nutzung‘ auch nur annähernd so viel Abfall erzeugt ...“

Also wenn man über Qualitäten redet, dann nicht mit annähernd so viel Abfall bei der Kernenergie. Weil, das hat ja nun gemessen an dem Abfall der Kohle, Faktor eine Million weniger an Abfall – volumenmäßig.

Vorsitzender Michael Müller: Dann streichen wir den Satz raus.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, die erste Hälfte rausstreichen, die zweite bleibt ja drin.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ja. Einfach hinter „Energieträger .., der auch nur im Entferntesten so gefährlich ist wie...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Der Müll muss dann erhalten bleiben, es gibt keinen Müll.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Aber auch dort sind die Spaltprodukte die, die so gefährlich sind - und der Kernbrennstoff nicht. Also, da hat jemand etwas geschrieben, wovon er keine Ahnung hat. Ich will nicht auf Expertentum zurückkommen. Aber manchmal ist vielleicht Expertentum doch nicht ganz so schlecht.

Jörg Sommer: Naja gut, das war im Jahr 1974. Dann kann man da ein bisschen entspannter mit umgehen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Naja, aber Plutonium hat eine andere Gefährdung. Es sind nicht nur die Spaltstoffe, die von Bedeutung sind.

Jörg Sommer: Ja, das ist korrekt, aber wir können das Zitat nicht ändern und es hat auf Grund seiner historischen Frühzeitigkeit eine bestimmte Wertigkeit. Ich würde einfach den ersten Teil des Satzes streichen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, den zweiten Satz auch.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: War Plutonium im weitesten Sinne, also zumindest damals gedacht, nicht auch Speicherprodukt?

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das war damals so.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Durch die Kernspaltung.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Nein, nein. Nein, das entsteht durch Neutroneneinfang.

Vorsitzender Michael Müller: Diffusion.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Durch Neutroneneinfang, nicht durch Spaltung.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Okay. Aber der Ausgangspunkt ist eine Spaltung?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ne.

Vorsitzender Michael Müller: Dann machen wir das einfach, wir streichen das und schreiben:

„Es gibt keinen Energieträger, der auch nur annähernd so gefährlich ist.“

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Wenn Sie auf Uran 238 schießen, können Sie Plutonium erzeugen.

Jörg Sommer: Man kann den Satz ganz intelligent eindampfen. Da muss man auch keine Pünktchen haben. Man nimmt einfach den Teil:

...es gibt keinen Müll, der auch nur im Entferntesten so gefährlich ist.“

Vorsitzender Michael Müller: Ja, habe ich ja. So gefährlich ist.

Jörg Sommer: Nur das davor und danach einfach weglassen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ja, aber nicht „...so gefährlich ist wie die Spaltprodukte“.

Vorsitzender Michael Müller: Das ist ja raus.

Jörg Sommer: Die/Ihre Spaltprodukte haben wir jetzt eliminiert. Das ist für uns textlich ungefährlich geworden.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Wobei, ich will darauf hinweisen, dass es schon eine Leistung ist, in einem Satz, der so bedeutend ist, zwei Fehler reinzubauen.

Vorsitzender Michael Müller: Gut, aber er hat auch '74 eine ganze Menge wichtiger Punkte geschrieben, der Gaul damals. Ich will da ja nur drauf hinweisen, dass das sehr frühzeitig war, wo sich noch kein anderer damit beschäftigt hat eigentlich.
So.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ist ja in der Tendenz alles richtig. Nur so, wie er es geschrieben hat...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, wir haben das ja jetzt geändert.
Noch etwas?

Bis Seite 11 unten „*Der Konflikt der zwei Modernen*“.

Dann „*Der Konflikt der zwei Modernen*“, von Seite 11 bis Seite 15. Gibt es keine Anmerkungen. Dann Seite...

Jörg Sommer: Entschuldigung, eine Frage: Seite 12, Zeile 16/17. Das „*erweiterte Polizeirecht*“ halte ich doch für erklärungsbedürftig, in einer Fußnote kurz...

Vorsitzender Michael Müller: Kann man machen. Also im Grunde genommen das traditionelle deutsche Ordnungsrecht. Machen wir eine Fußnote zu.

So dann Seite 15, der Teil „*Leitbild Nachhaltigkeit*“: Das schwierigste war, das nicht zu wiederholen, was vorne steht. (Heiterkeit)

Jörg Sommer: Da habe ich auch gestaunt. (Heiterkeit)

Vorsitzender Michael Müller: Gibt es dazu etwas? Nee.

Dann sind wir bei den ethischen Grundlagen. Ich muss sagen, das ist im Wesentlichen auf der Vorbereitung auch der Vertreter von den beiden Kirchen entstanden. Also Vogt, Renn und – wie hieß denn der aus Frankfurt? - und Diefenbacher, die

vier.

Ich hab das allerdings eingedampft. Das war sehr ausführlich.

Ja?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Ich habe eine Bitte. Und zwar auf der vorletzten Zeile unter 3.3: „*Atomüll*“ durch „*radioaktive Abfälle*“ zu ersetzen.

Vorsitzender Michael Müller: Wo ist das jetzt genau?

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Auf Seite 17 in der fünften oder vierten Zeile:

„Das geht allerdings von der Tatsache aus, dass der radioaktive Abfall da ist...“

Vorsitzender Michael Müller: Das ist von denen übernommen. (Heiterkeit) Ich habe mich immer bemüht, das nicht... Ja, bitte.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Frau Mazurek ist gerade aufgefallen, dass die Nummerierung nicht stimmt.
3.3 muss 3.4 heißen, usw.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das ist mir auch schon aufgefallen.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Werden wir ändern.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ja, ist mir auch schon aufgefallen.

Ja, das Problem ist ja, wenn man schreibt, schreibt, schreibt.

So, gibt es noch etwas zu den Seiten 17, 18?

Jörg Sommer: Seite 17, ne, Seite 18...

Vorsitzender Michael Müller: Dann ist 3.4 dann 3.5, sage ich auch.

Jörg Sommer: Da ist ein Schreibfehler, Seite 18, Zeile 21.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, da müssen wir sowieso nochmal gucken. Dankeschön.

So, dann gibt es zu diesen 4 Punkten:

- Verantwortung
- Verständnis von Sicherheit und Risiko
- Gerechtigkeit
- Orientierung am Gemeinwohl

noch Anmerkungen? Nicht der Fall. Dann kommen wir zu 3.4, was 3.5 ist.
„Ethische Prinzipien“ - das ist das, was von der AG 3 im Wesentlichen vorbereitet... Ja vor allem von Herrn Grunwald in Abstimmung mit Herrn Sailer.

Jörg Sommer: Der ist ein Halunke, der hat bei mir abgeschrieben.

Vorsitzender Michael Müller: Ist doch gut so. Wäre ich immer dankbar.

Also, „3.5.2 Reversibilität von Entscheidungen“. Und „3.5.3 Realistische Annahmen über zukünftige Technologien“.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Vielleicht noch ein Hinweis, weil das so kurzfristig nicht mehr ging: Wo jetzt hier überall steht „siehe 4.2.4“ und so weiter.

Vorsitzender Michael Müller: Das wird alles noch erneuert.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Das werden alles Fußnoten. Also die Klammern dort.

Jörg Sommer: Ich will es nicht verkomplizieren, aber ich finde es erstaunlich, mit welcher Sensibilität, Vorsicht und Demut wir in die Zukunft blicken, was technische Entwicklungen angeht und wir aber mit unserem Beteiligungskonzept

die gesellschaftliche Entwicklungen völlig ignorieren - als wollten wir so tun, als wenn wir jetzt schon genau wissen, wie die Entwicklung in 20, 30, 40 Jahren sein wird. Das schreiben wir schon bis ins kleinste Detail fest. Da sind wir deutlich weniger demütig.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: (...) Ich meine, wir müssen ja eine Empfehlung abgeben.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, wir haben noch viel daran zu tun in der Formatierung und nochmal drüber gucken nach Fehlern und richtigen Nummerierungen.

3.7, das ist ja das Alte, da brauche ich ja jetzt hier nichts zu sagen.
Da sind noch Klammern.

Jetzt kommen wir noch zu dem wichtigen Punkt hier, wo nur erste Stichworte stehen: 3.8, das ist auf der Seite 28.

Da sind ein paar Sachen, einfach als Stichworte ohne Wertung bisher aufgeführt. Einmal der Vorschlag mit dem Nationalen Begleitgremium, der von den vier Berichterstattem kam. Ja, das ist klar.

Dann haben wir drin die Aufwertung des Beirates für Nachhaltigkeit; das ist ein natürlich ein Vorschlag zu einem ordentlichen Ausschuss. Dann die Einrichtung eines Indikatorensystems. Entschuldigung, Sylvia, wenn ich das mal sage, aber ich habe da überhaupt kein Verständnis, dass die Enquetekommission da sich einvernehmlich auf ein Indikatorensystem geeinigt hat, wie wir zukünftig (...) operieren sollen. Und dass es bis heute, jetzt zweieinhalb Jahre später, noch nicht eine einzige Initiative im Bundestag dazu gegeben hat.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das passiert Enquetekommission doch immer wieder, oder?

Vorsitzender Michael Müller: Naja, aber bei der Klima-Enquete war das anders. Also es gibt ein

paar, die es anders... Aber ich muss ehrlich sagen, ich kann es nicht nachvollziehen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Das ist auch mit dem Beirat für Nachhaltigkeit so. Das ist nun mal diesem Konsensprinzip geschuldet, dass dann...

Vorsitzender Michael Müller: Deshalb habe ich das hier mal bewusst reingeschrieben. Ich meine, wenn man da anderer Meinung ist, sollte man das sagen. Aber ich finde, wir können nicht darüber reden, dass der Bundestag oder die Politik zu wenig sich um Zukunftsfragen kümmern und selbst keine Vorschläge machen.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ne, ich finde das richtig. Sehr gut.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Wenn wir jetzt darüber diskutieren, würde ich gerne zu dem vorhergehenden Punkt „*Aufwertung des Beirats für Nachhaltigkeit*“ – da muss ich sagen, ist das wirklich unsere Aufgabe? Ist das eine logische Konsequenz, gewissermaßen, unseres Herangehens an die Endlagerung, dass wir sagen: Um das ordnungsgemäß machen zu können, brauchen wir die Aufwertung des Beirats für Nachhaltigkeit zum ordentlichen Ausschuss des Bundestages – mit herausgehobenen Prüfungsrechten. Da habe ich den Eindruck, damit machen wir uns angreifbar und überheben uns.

Vorsitzender Michael Müller: Ich bin da anderer Meinung. Ich glaube, zur Glaubwürdigkeit der Kommission gehört, dass sie sagt: Wir haben gelernt! Und in der Tat ist es so, dass im Bundestag, das fällt mir auf - das fällt Ihnen sicher genauso auf -, die Politik immer reaktiver wird; immer weniger, sozusagen, Zukunftsfragen frühzeitig behandelt. Und dann muss man aus meiner Sicht dafür Institutionen schaffen. Und einer der zentralen Punkte der Nachhaltigkeit ist, dass sie nach wie vor nicht richtig institutionell unterlegt ist.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also... Obwohl ich gerade eben auch gesagt habe, dass diese Empfehlungen des Beirates für Nachhaltigkeit - dadurch

dass sie im Konsens immer gefasst werden, dann auch irgendwie so nebenher schwimmen. Ich glaube nicht, dass das hilft, wenn man da einen Ausschuss draus macht. Weil dann geht es wie in den anderen Ausschüssen: Es entscheidet dann immer gerade die Mehrheit. Also der Konsens geht dabei verloren. Und der Beirat für Nachhaltigkeit im Bundestag, also der parlamentarische Beirat, ist ja, sozusagen, das kleinere parlamentarische Äquivalent zu dem eigentlichen Beirat für Nachhaltigkeit außerhalb des Parlaments.

Vorsitzender Michael Müller: Der spielt auch immer weniger eine Rolle.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ja, aber der ist... Das mag zeitweilig so sein, aber der ist an und für sich schon wichtig. Und der hat auch Einfluss. Also ich glaube nicht, dass es hilft. Ich glaube, es ist eher kontraproduktiv, wenn man aus diesem Beirat einen Ausschuss macht. Wir haben das auch schon beredet zum Teil, also im Beirat selber. Ich war ja da auch mal Mitglied. Und auch in den Fraktionen. Wir sind eigentlich alle der Meinung, dass das nicht hilft.

Vorsitzender Michael Müller: Ich habe ja... Entschuldigung, jetzt muss man natürlich fairer Weise sagen, dass ich das hier sehr zurückhaltend formuliert habe. Aber hier steht natürlich „*mit herausgehobenen Prüfungsrechten*“. Ich habe das nicht weiter ausgeführt. Doch was dahinter steckt, ist natürlich, dass man sagt, dass wenn man konsequent ist – nur das will ich jetzt nicht diskutieren, weil das natürlich eine irre Debatte auslösen würde -, dass der vergleichbar wird in den Rechten wie der Haushaltsausschuss.

Der hat ein Vetorecht. Und dann sage ich: Viel Spaß! Dann ist das nicht mehr ein normaler Ausschuss. Aber ich habe das extra nicht reingeschrieben, weil ich da im Sinne von Herrn Thomauske sage: Jetzt will ich nicht die Pferde ganz wild machen.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Vielleicht noch eine Anmerkung, weswegen ich da meine Vorbehalte

habe. Also nicht unter dem Aspekt, ob das sinnvoll ist oder nicht sinnvoll ist, das kannst Du besser beurteilen als ich. Da will ich mich gar nicht einmischen. Aber es müsste logische Konsequenz aus einem Kapitel sein, das...

Vorsitzender Michael Müller: Ja, das müsste man machen. Die Begründung auf jeden Fall.

Prof. Dr. Bruno Thomauske: Genau. Es muss dann irgendetwas drin stehen, wo man sagen können müsste, die Vergangenheit wäre anders gelaufen, wenn es dieses als Ausschuss gegeben hätte.

Vorsitzender Michael Müller: Ja, ja. Also, ich sage das nochmal: (...Aufzeichnung fehlt...)

Vorsitzender Michael Müller: Nun zu Seite 27 des Berichtsentwurf, der Punkt 9 der Grundsätze.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Seite 27, Punkt 9. Es gibt ja in den ehemaligen Leitbildthesen, also in den jetzigen Thesen in der Präambel, noch zwei Klammern. Einmal in Punkt 8: Diese Klammer soll aufgelöst werden, wenn die parallel tagende Kommission weiter gekommen ist. Und in Punkt 9: Da gab es eine Einfügung, die die Verdienste der Bürgerinnen und Bürger würdigen sollte, die sich für den Ausstieg engagiert haben. Dort gibt es eine Klammer ab dem dritten Satz, die auf Betreiben von Herrn Jäger eingefügt wurde. Herr Jäger hat mich verschiedentlich, einmal am Rande einer Kommission und dann am Rande einer anderen Sitzung, angesprochen mit der Bitte, ob man hierzu nicht einen Kompromissvorschlag formulieren könnte.

Den von mir formulierten Kompromissvorschlag finden Sie jetzt unterstrichen. Den ursprünglichen Vorschlag finden Sie durchgestrichen unter dem ursprünglichen Text. Und dann hat Herr Jäger dazu mir heute früh noch eine Mail geschickt, in der er seinen Vorschlag erläutert hat. Ich hatte die Differenz, um die es da geht, offenbar falsch eingeschätzt. Es geht darum, dass Herr Jäger gerne möchte, dass es allein um Bürgerinnen und

Bürger geht, die sich **friedlich** für den Ausstieg eingesetzt haben.

Das sehen Sie in dem Text der E-Mail, der Ihnen vorliegt.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Und dann könnte man den Satz in der Klammer streichen.

Jürgen Voges (Geschäftsstelle): Den Satz in der Klammer, den muss man nicht unbedingt streichen. Herr Jäger hat auf diesem Satz aber nicht beharrt.

Erhard Ott: Wir hatten uns zu Beginn der Diskussionen darauf verständigt, was die Aufarbeitung der Geschichte der Kernenergie angeht, dass wir keine Schuldzuweisungen vornehmen. Wenn wir hier das Wort „*friedlich*“ einfügen, tun wir so etwas. Und deswegen habe ich etwas dagegen. Das ist ein Punkt. Ich würde da an der Stelle den Text so lassen, wie er ist.

Zweitens, ich hatte vorhin, bevor wir angefangen haben, vorgeschlagen, in dem unterstrichenen Satz:

„Dem Bestreben der Beschäftigten...“

zu ersetzen: „*Bestreben*“ durch „**Einsatz** der Beschäftigten“.

Vorsitzender Michael Müller: „Dem Einsatz der Beschäftigten“.

Erhard Ott: Ja..., Risiken zu minimieren. Und der Klammersatz sollte erhalten bleiben, denn das ist für uns eine zentrale Geschichte, dass sowohl die Betriebsräte wie auch die Tarifparteien sich, was die sozial verträglich Begleitung des Ausstiegs zu organisieren, in den letzten Jahren sehr bemüht haben. Und es ja auch in den Personalplanungen darum geht, für die Zukunft vorzusorgen. Denn es werden ja auch noch neue Beschäftigte... Also das sozial verträglich zu gestalten, denke ich, ist ein ganz wichtiger Punkt für uns. Also insofern würde ich darum bitten, den Satz auf jeden Fall

drin zu lassen und die Klammer da wegzunehmen.

Vorsitzender Michael Müller: Also, das hieße mit anderen Worten: Zeile 21, 22 zu lassen und Zeile 23 bis 26 zu streichen. Und in der Zeile 19 statt „Bestrebungen“ „Einsatz“ zu schreiben.

Erhard Ott: Mhh, ja.

Vorsitzender Michael Müller: Sylvia.

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Ich verstehe zwar jetzt gerade Dein Bestreben, dass die Beschäftigten da genannt werden. Aber ich finde das zu einschränkend. Also, ich meine, wenn man das jetzt benennt, die Bemühungen, Risiken zu minimieren, da waren ja auch andere dabei als jetzt nur die Beschäftigten in den Kernkraftwerken. Ja, da sind die Atomaufsichten zum Teil dabei. Da ist die RSK dabei. Also...

Vorsitzender Michael Müller: Schreiben wir doch: „Dem Einsatz aller Beteiligten, auch der Beschäftigten der Kernkraftwerke...“

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Naja, das stand ja in der Formulierung in der Klammer:

„...allen Bestrebungen, die Risiken der Kernkraftnutzung zu vermindern, ...“

Das finde ich eigentlich richtig. Das kann man doch...

Erhard Ott: Sylvia, der Punkt war nur, dass auch die Beschäftigten, die ihren Anteil geleistet haben, dass große Katastrophen vermieden worden sind.

Vorsitzender Michael Müller: Dann schreiben wir doch

„allen Beteiligten, einschließlich der Beschäftigten...“

Erhard Ott: Ich sage mal, diejenigen, die den Ausstieg, also auch sich dafür eingesetzt haben - das will ich auch drin haben, also überhaupt keine Frage. Aber die, die für einen Betrieb der Anlagen eingestanden haben, im ganzen Papier überhaupt nicht zu erwähnen, das halte eben für falsch.

Also, insofern, den Vorschlag von Michael Müller, zu sagen, also auch die, die jetzt Aufsichtsbehörden und so waren, mit einzubeziehen, das halte ich für richtig. Aber an irgendeiner Stelle gehören da auch für mich die Beschäftigten mit rein.

Vorsitzender Michael Müller: „... aller Beteiligten, einschließlich...“

Erhard Ott: Der Punkt ist doch, dass die Beschäftigten, genau wie die Unternehmen, nach den Ausstiegsbeschlüssen sich dem Problem gestellt haben, was heißt das jetzt.... Was?

Vorsitzender Michael Müller: Nicht alle! (Heiterkeit)

Erhard Ott: Was heißt das jetzt für die Beschäftigten und für die Personalplanung, was den sicheren Betrieb bis zur Stilllegung und weit darüber hinaus angeht? Es haben sich andere dann auch innerhalb des RWE-Konzerns sehr intensiv darum bemüht.

Vorsitzender Michael Müller: Leider! Äh, Gott sei Dank! (Heiterkeit)

Erhard Ott: Ja, eben! (Heiterkeit)

Abg. Sylvia Kotting-Uhl: Also, es ist jetzt auch nicht so, dass die Beschäftigten überall, sozusagen, das akzeptiert hätten und sich darum bemüht hätten, das jetzt irgendwie sozial verträglich und positiv zu gestalten. Also, ich weiß noch, was in Obrigheim los war, als das, noch mit zwei Jahren Verlängerung, dann nach 34 Jahren Laufzeit endlich abgeschaltet wurde. Da wurden wir Grüne beschimpft, als hätten wir jetzt

den allen persönlich die Existenzgrundlage entzogen.

Vorsitzender Michael Müller: Noch etwas?

Erhard Ott: Ja, da würde ich ganz gerne noch etwas dazu sagen. Bei allen Beteiligten hat es Hardliner gegeben. Und auch die Beschäftigten in den Kernkraftwerken sind davon überzeugt gewesen, dass sie die Kernenergieanlagen sicher betreiben können – auch für die Zukunft. Insofern gab es ein Umschalten nach den Beschlüssen. Die Diskussionen, die wir dazu geführt haben, die waren am Anfang schwierig, weil wir die Perspektive mit Nachbetriebsphase, Rückbau diskutiert haben, dass hier eine langfristige Perspektive vorhanden ist – berufliche Perspektive. Und erst danach haben auch die Betriebsräte sich der neuen Herausforderung, nämlich genau diese Herausforderung zu bewältigen, gestellt. Und das, finde ich, muss auch Anerkennung finden. Das Umdenken war schwierig.

Jörg Sommer: Ja, ich möchte den Punkt hier gar nicht weiter vertiefen. Ich habe aber noch eine andere Anmerkung: Zweiter Satz – das ist nicht ganz korrekt:

„Sie versucht aus den Konflikten um die Kernenergie und um Endlager oder Endlagervorhaben zu lernen und frühere Fehler zu vermeiden.“

Man kann nicht frühere Fehler vermeiden. Man kann die Wiederholung früherer Fehler...

Vorsitzender Michael Müller: „...künftig die Wiederholung früherer Fehler...“. Muss es auch heißen, finde ich auch.
Das ist ja auch der Punkt.

(Schluss der Sitzung: 10:55 Uhr)